

Ursula Fischer,

umfi@bluewin.ch

Herr
Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz
Dorfstrasse 14
3661 Uetendorf BE

13. September 2019

Sehr geehrter Herr Rösti

Interessiert habe ich heute das Extra Blatt der SVP aus meinem Briefkasten gelesen. Als Bürgerin von , Familienfrau und Lehrerin möchte ich Ihren Aussagen einige persönliche Erfahrungen entgegenstellen.

Das zentrale Thema der Einwanderung liegt Ihnen wie mir am Herzen.

Ich bin nicht Mitglied einer politischen Partei, engagiere mich jedoch freiwillig für Geflüchtete aus dem Tibet. Sie könnten mich allenfalls der „Partei“ der Linken und netten Gutmenschen zuordnen.

Seit drei Jahren begleite ich TibeterInnen auf ihrem steinigen Weg als (illegale) abgewiesene Asylsuchende. Sie suchen verzweifelt und mit all ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einen legalen Weg zu finden. Sie möchten in unserer Gesellschaft als aktive Menschen Teil haben, mitarbeiten um den Lebensunterhalt selber bestreiten zu können.

Im Kanton befinden sich zur Zeit etwa 50 Personen, schweizweit etwa 300 Personen in der gleichen Situation.

Die TibeterInnen, die ich persönlich kenne, sprechen gut bis sehr gut Deutsch, sie leben seit mehreren Jahren in der Schweiz. Komplexe Gespräche, auch auf dem Migrationsamt, können in deutscher Sprache geführt werden.

Im Asylzentrum werden sie eingesetzt, um andere Asylsuchende zu begleiten, sie werden geschätzt als integre, hilfsbereite Menschen. Eher schüchtern und zurückhaltend ist ihr Auftreten, respektvoll uns Gastgebenden gegenüber. Sie werden gefragt, wenn es um die Bewirtung von Gästen (auch Behördenvertretern) im Asylzentrum geht; ihre Momo-Spezialitäten werden geschätzt.

Freiwillig engagieren sie sich in Diensten für Altersheime und Tagesschulen. Sie sind gezwungen fünf Tage pro Woche im Mehrbettzimmer im Asylzentrum zu übernachten. Für Essen, Bekleidung und Persönliches stellt der Kanton 8.- pro Tag zur Verfügung.

Könnten sie in ihr Heimatland zurückreisen, würden sie das sofort tun, dort droht ihnen jedoch zur Zeit Folter und Tod.

Ihr Handicap ist, dass sie keine Papiere vorzuweisen haben. Jeder legale Weg zu einer Aufenthaltsbewilligung scheitert daran. Identitätspapiere allenfalls aus China zu beschaffen implizierte dass Familienangehörige in höchstem Masse gefährdet würden.

Die TibeterInnen wünschen sich nichts mehr als die Möglichkeit legal in unserem Land leben und arbeiten zu dürfen.

In der Pflege werden ihre Fähigkeiten ausserordentlich geschätzt.

Almosen von unserem Staat zu empfangen widerspricht ihrem buddhistisch geprägten Denken, das sich an Dalai Lama orientiert, sie möchten der Gemeinschaft etwas zurückgeben.

Diese Menschen gelten in der SVP Terminologie als illegale, kriminelle Ausländer, die unverzüglich auszuschaffen sind, aber wie?

Auch den mit der Ausführung beauftragten Migrationsbehörden des Kantons ist die schwierige Situation bekannt. Im Oktober soll auf Bundesebene mit dem SEM nochmals über die „Sorgenkinder der TibeterInnen“ gesprochen werden.

Dem Kanton, sowie dem Bund stehen pragmatische, juristisch korrekte Wege offen diesen Menschen einen legalen Aufenthalt zu schaffen.

Spreche ich mit Schweizer BürgerInnen über diese Geschichten oder begegnen sie diesen Menschen selbst höre ich oft:

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in unserem Land möglich ist“ oder „ich schäme mich für unsere humanistisch gesinnte Schweiz“!.

Ich bitte Sie höflich, das Bild der kriminellen, illegalen und ausbeuterischen AusländerInnen zu differenzieren, zum Wohle eines friedlichen und vielfältigen Zusammenlebens.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinen Zeilen schenken danke ich Ihnen herzlich.

Ich wünsche Ihnen bunte, besinnliche Herbsttage in der Vorwahlzeit

Mit freundlichen Grüssen

Ursula Fischer